

Positionspapier zur Energiewende

des DGB Bayern und des BUND Naturschutz in Bayern e.V.

Atomausstieg und Klimaschutz sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben von hoher Bedeutung für die Zukunft Deutschlands. In einem hochentwickelten und hochindustrialisierten Land wie Deutschland ist zugleich der Wechsel der Energieversorgung eine hochkomplexe Aufgabe, die zielstrebig, aber auch mit Verantwortung bewältigt werden muss. Dieser Herausforderung müssen sich die Politik, die Wirtschaft und die Gesellschaft stellen. Der DGB Bayern und der BUND Naturschutz in Bayern sehen allerdings deutliche Defizite in der Herangehensweise der Bayerischen Staatsregierung an die Energiewende.

Atomenergie ist eine gefährliche Technologie, die sowohl bei regulärem Betrieb durch die Produktion von Atommüll aber auch vor allem im Falle eines großen Unfalls, wie in Tschernobyl 1986 und in Fukushima 2011, zu einschneidenden gesundheitlichen Langzeitfolgen und zu gigantischen volkswirtschaftlichen Schäden führt und führen kann. Der in 2011 beschlossene Ausstieg aus der Kernenergie wird von der Bayerischen Staatsregierung nicht konsequent genug vorangetrieben, insbesondere hinsichtlich der Verbesserung der Energieeffizienz und des Ausbaus von Strom aus Erneuerbaren Energien in Bayern:

- der Bayernplan Biogas 2012 des Landwirtschaftsministeriums wurde 2014 im Wirtschaftsministerium abgeblockt,
- der Zubau von Fotovoltaik stagniert seit 2011
- der Zubau von Windenergieanlagen wurde in 2014 durch eine Änderung der bayerischen Bauordnung (die sogenannte „10-H-Regel“) planungstechnisch massiv und willkürlich erschwert, dies hat den Zubau von Windenergie fast vollständig zum Erliegen gebracht.

Fossile Energieträger emittieren bei ihrer Nutzung zusätzliche Treibhausgase in die Atmosphäre. Die internationale Staatengemeinschaft hat in der Klimakonferenz COP21 Paris 2015 das Ziel formuliert: Begrenzung des mittleren globalen Temperaturanstiegs durch den Menschen verursachten Treibhauseffekt gegenüber Vorindustrialisierung auf 2 Grad Celsius, besser auf 1,5 Grad Celsius. Deutschland hat den Vertrag in 2016 politisch ratifiziert. Die neue Bundesregierung hat sich zur Aufgabe gemacht, ein Klimaschutzgesetz bis Ende 2019 zu verabschieden.

Die Folgen eines globalen Anstiegs der mittleren Temperaturen könnten kurzfristig mehr Wetterkatastrophen, mittelfristig Wasserknappheit im Mittelmeerraum und letztlich eine massive Änderung und Ungleichheit der globalen und regionalen Ressourcenverteilung sein und damit schwerwiegende Konflikte hervorrufen. Die hieraus resultierenden zukünftigen volkswirtschaftlichen Kosten eines Klimawandels werden erheblich höher geschätzt als die heute anfallenden Kosten einer Energiewende als Gegenmaßnahme.

Der DGB Bayern und der BUND Naturschutz in Bayern fordern hier gemeinsam, dass die Kosten der Energiewende gerecht verteilt werden. Der allgemeine Zugang zu Energie ist in unserer Gesellschaft ein wesentlicher Träger unserer Wohlfahrt. Vor allem eine ungleiche Verteuerung von Energie würde direkt zu gesellschaftlichen Ungleichheiten und Spannungen führen.

Die Kosten für elektrische Energie (Strom) haben sich die letzten 15 Jahre verdoppelt. Der wesentliche Anstieg hier resultiert aus einer Steigerung der Abgaben in den Jahren 2000 bis 2010 und weiteren Erhöhungen aus dem Anstieg der EEG-Umlage ab ca. 2010. Die Versorgung mit elektrischer Energie ist ureigene Aufgabe der öffentlichen Hand und grundsätzlich als Daseinsvorsorge zu betrachten – in Bayern ist dies gemäß der Verfassung des Freistaates eine Aufgabe der Kommunen. Es ist die Pflicht der Staatsregierung, die Energiewende ökologisch, bezahlbar und sozial gerecht umzusetzen. Derzeit trägt jedoch die Bevölkerung den Löwenanteil der Kosten während die Energieversorger die Gewinne bereits ausgeschüttet haben.

Die internationalen Vereinbarungen für den Klimaschutz erfordern für Deutschland, aber auch für Bayern, ambitionierte Ziele und ein konsequentes Umsetzen von Maßnahmen: Um dies voranzutreiben, sollten sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene in einem breiten gesellschaftlichen Dialog Klimaschutzgesetze erarbeitet und verabschiedet werden.

Dabei ist die Energiewende dringlich, da eine umweltverträgliche, verlässliche, bezahlbare und wettbewerbsfähige Energieversorgung grundlegende Voraussetzung für die industrielle Wertschöpfung und für Beschäftigung in Bayern ist. Die Akteure der Energiewende müssen den Ausstieg aus der Atomkraftnutzung sowie den Umstieg auf eine Versorgung mit Erneuerbaren Energien beschleunigen.

Mit Blick auf den Freistaat Bayern treibt uns die Sorge um, dass die bisher nur unzureichend umgesetzte Energiewende sowie die nicht ausreichenden politischen Rahmenbedingungen Arbeitsplätze gefährden. Die Abgabe der politischen Entscheidungskompetenz an private Träger ist nicht zielführend. Dies zeigt sich beispielsweise in der Automobilindustrie, im Bankensektor und auch in der Energiewirtschaft.

Die Ziele des Klimaschutzes können nur gemeinsam auch mit einer Verkehrswende erreicht werden. Neben notwendigen strukturellen Änderungen ist ein essentieller Weg der Energieeffizienz die Elektrifizierung der Mobilität, sowohl im öffentlichen Verkehr als auch im Individualverkehr. Elektrofahrzeuge, v.a. im Personenverkehr, werden und müssen ein bedeutsamer Teil des Fahrzeugparks werden. Die Automobil-Unternehmen müssen daher auch in Bayern massiv auf Elektromobilität umsteuern. Dies ist erforderlich für den Klimaschutz, aber auch um Arbeitsplätze in Bayern zu erhalten und nicht in naher Zukunft zu verlieren.

Die Mitgliedsgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbunds vertreten in ihren Zuständigkeitsbereichen die Beschäftigten in der Energiebranche, die mit Energieerzeugung, Energieverteilung und Energieprodukten zu tun haben. Das gilt vor allem für die großen Hersteller der Erneuerbaren Energien. Hinzu kommt noch eine große Vielzahl klein- und mittelständischer Betriebe, die ebenso diesem Wirtschaftszweig zuzuordnen sind. Diese Unternehmen, die mit ihren jeweiligen Produkten Träger der Energiewende sind, tragen wesentlich zum Erfolg der bayerischen Wirtschaft bei. Mit Blick auf Bayern bietet die Energiewende somit nicht nur die Aussicht auf mehr Arbeitsplätze, sondern auch die große Chance für eine umfassende Modernisierung der bayerischen Industrie sowie der Arbeitsplätze vieler Beschäftigter.

Die Voraussetzungen und Chancen für Wertschöpfung zu schaffen, ist auch Aufgabe der Politik.

Forderungen des DGB Bayern und des BUND Naturschutz in Bayern an die Bayerische Staatsregierung für eine Energiewende mit Energiesparen, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien in den Bereichen Strom, Wärme und Mobilität

1. Dynamischer Ausbau der Erneuerbaren Energien in Bayern – mit ökologischen Leitplanken, auf Basis einer fachlich fundierten Regionalplanung durch die Regionalen Planungsverbände der Kommunen und auf der Basis nachvollziehbarer Kriterien für Natur- und Landschaftsschutz. Das bedeutet: Streichen der „Abstandsregelung 10 mal der Höhe von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung“. Im Kompromiss mit Mensch, Landschaft und Natur müssen Windenergieanlagen in Bayern planbar, bezahlbar und refinanzierbar sein, im menschlich besiedelten Kulturraum, mit Schutz von Nationalparks, Naturschutz- und Natura-2000-Gebieten, und zugleich Umsetzung von Ausbauzielen.
2. Ein Klimaschutzgesetz für Bayern, das arbeitsfähige Klimaschutzkonzepte formuliert und die international verbindlichen Ziele konkret für Bayern festlegt sowie deren Umsetzung für die Sektoren Strom, Wärme, Mobilität und auch Landwirtschaft fixiert. Ein solches Gesetz sollte mit VertreterInnen von Unternehmen, Gewerkschaften, Umweltverbänden und der Zivilgesellschaft aus allen Bereichen in einem breiten gesellschaftlichen Dialog erarbeitet werden. Der DGB Bayern und der BUND Naturschutz in Bayern sehen dabei soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft als wesentliche Leitplanke und sehen hier Vorteile in der Anwendung von Ordnungsrecht.
3. Der DGB Bayern setzt auf eine Energieversorgung ohne nukleare Energie und fordert einen geordneten Ausstieg aus der Atomkraft so schnell wie möglich. Nach Berechnungen des Öko-Instituts ist dies spätestens bis zum Jahr 2020 möglich. Der BUND Naturschutz in Bayern fordert den Atomausstieg sofort – ohne schuldhaftes Zögern! Die derzeitige Beschlusslage des Bundestages sieht für Bayern vor, 2021

Gundremmingen C und 2022 Isar 2 endgültig abzuschalten. Für alle Beschäftigten in den Kernkraftwerken müssen für die Zeit nach Stilllegung der Anlagen rechtssichere Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung abgeschlossen werden. Die Betreiberunternehmen sollen hierzu Tarifverträge mit der zuständigen Gewerkschaft abschließen.

4. Umsetzung von Konzepten unabhängiger und vorgewerblicher Energiesparberatung für private Haushalte und Kleingewerbe, vor Ort und am Objekt, in kommunaler Trägerschaft, gemeinsam mit Handwerk und Industrie – in allen Landkreisen Bayerns. Umsetzung von kommunalem Energiemanagement mit Wärme-, Strom- und Verkehrs-Konzepten in allen Kommunen Bayerns.
5. Einrichtung eines Energiesparfonds Bayern mit dem Ziel, die Rate der energetischen Sanierung im Gebäudealtbestand zeitnah von heute ca. 1 Prozent auf 3 Prozent pro Jahr in Bayern zu steigern.
6. Biomasse muss in Bayern optimiert und flexibel für die Bereitstellung von Wärme und Strom (elektrische Energie [kWh]) und elektrischer Leistung [kW]) genutzt werden, zur Stabilisierung regionaler Stromnetze. Die Technologie steht mit Blockheizkraftwerken für Biogas und Holz bereits heute in Bayern zur Verfügung. Als Rohstoffe für Biogas müssen vorwiegend Abfälle aus der Landwirtschaft und Landschaftspflege, aus der Grünen Tonne der Haushalte und aus der Nahrungs- und Futtermittelverarbeitung genutzt werden.
7. Die Produktion der Erneuerbaren Energien aus Wind und Sonne ist volatil und benötigt daher zur Regulierung und zur Netzstabilität Kurzzeit- und Langzeitspeicher, hierzu sind Konzepte zu entwickeln. Bayern benötigt dezentrale und effektive Kurzzeit- und Langzeitspeicher, aber das Engagement der Staatsregierung hier fehlt. Der DGB Bayern und der BUND Naturschutz in Bayern fordern von der Bayerischen Staatsregierung sowohl die Förderung von Langzeitspeichern (stoffliche Speicher, wie Wasserstoff) als auch von Kurzzeitspeichern (regional und lokal, wie Batterien), auch für die Mobilität. Bayern muss an dieser Industrieentwicklung teilhaben – für heimisches Know-how und für Arbeitsplätze in Bayern!
8. Der DGB Bayern und der BUND Naturschutz in Bayern fordern, dass dezentrale Produktion und Vermarktung von Strom und Wärme ein zentrales Anliegen bayerischer Wirtschafts-, Energie und Umweltpolitik sein muss. Beratung, Modelle und Anschubprogramme müssen in Bayern die Regionalisierung des Strommarktes ermöglichen. Der DGB Bayern und der BUND Naturschutz in Bayern fordern, dass Konzepte für Dezentralität der Energieversorgung entwickelt werden, die die Größe solcher Regionen in Bezug auf geografische Ausdehnung, politische Definition, Energien sowie Last und Leistungen untersuchen und beschreiben. Erforderlich ist

auch eine fachliche Abstimmung – welchen Lasten und Leistungen können maximal dezentral, welche müssen auch in Zukunft zentral organisiert werden?

9. Der DGB Bayern und der BUND Naturschutz in Bayern fordern, dass die Bayerische Staatsregierung mit Wirtschafts-, Energie-, Bau-, Verkehr-, Landwirtschafts- und Umweltministerien die dezentrale Energiewende politisch und konkret unterstützt. Erforderlich sind regionale Beratung und Unterstützung von Bürgerenergiegesellschaften, kommunalen Energieunternehmen und kommunal getragenen lokalen und regionalen Energieagenturen.

Zusammenfassung, Kernforderungen, Kurzfassung

Dynamischer Ausbau der Erneuerbaren Energien in Bayern – mit ökologischen Leitplanken und einer fachlich fundierten Regionalplanung Windenergie, Sonnenenergie und Bioenergie durch die Regionalen Planungsverbände der Kommunen, auf der Basis nachvollziehbarer Kriterien für Natur- und Landschaftsschutz.

Ein Klimaschutzgesetz für Bayern, das arbeitsfähige Klimaschutzkonzepte formuliert und die international verbindlichen Ziele konkret für Bayern festlegt sowie deren Umsetzung für die Sektoren Strom, Wärme, Mobilität und auch Landwirtschaft fixiert. Ein solches Gesetz sollte mit Vertretern von Unternehmen, Gewerkschaften, Umweltverbänden und der Zivilgesellschaft aus allen Bereichen in einem breiten gesellschaftlichen Dialog erarbeitet werden.

Der DGB Bayern und der BUND Naturschutz in Bayern fordern, dass eine sichere und dezentrale Produktion und Vermarktung von Strom und Wärme auf Basis Erneuerbarer Energien ein wesentliches Anliegen bayerischer Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik sein muss.

Der DGB Bayern und der BUND Naturschutz in Bayern fordern, dass die Bayerische Staatsregierung mit ihren Ministerien die dezentrale Energiewende politisch und konkret unterstützt.